

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 12

Artikel: Die Strategie der Erneuerung
Autor: Abalkin, L.I.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093670>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Strategie der Erneuerung

Der folgende Text, den wir in Auszügen wiedergeben, behandelt die Notwendigkeit einer qualitativen Umgestaltung der Sowjetwirtschaft. Der Verfasser ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Direktor ihres Instituts für Volkswirtschaft.

«Regionale Wirtschaftsführung, Selbstfinanzierung, Rentabilität, Pachtverträge». Diese und ähnliche Ausdrücke betreffen Detailfragen. Hinter alledem aber steht fundamental die allgemeinere Frage nach den realen Eigentumsverhältnissen, und in dieser Hinsicht sind heute radikale Erneuerungen vonnöten.

Wir brauchen oft den Ausdruck «Niemandes Eigentum» und verstehen darunter das Staatseigentum als Fremdeigentum. Das ergibt sich daraus, dass die Werktätigen, die

Volkseigentum, über welches das Volk nicht verfügt, gehört faktisch dem Apparat

Arbeitskollektive, die regionalen Bürgervereinigungen, eine gesellschaftliche Klasse oder auch das Volk als ganzes über ihr jeweiliges Eigentum gar nicht *verfügen*. Wenn dem nun aber so ist, wer *besitzt* denn dieses Eigentum? Folgerichtig muss der Besitzer, der funktionelle Eigner, derjenige sein, der praktisch und formal über das fragliche Eigentum verfügt. Das wiederum ist bei uns der administrative Apparat, und darauf beruht die Deformation unseres politischen Systems.

Deshalb darf sich die Reform des politischen Lebens in unserm Land nicht auf das Wahlverfahren beschränken. Zur wirklichen Umgestaltung des politischen Systems genügt es nicht, unter mehreren Kandidaten einen Volksdeputierten auswählen zu können. Die Hauptfrage ist doch, mit welchen Befugnissen die so gewählten Deputierten ausgestattet sind. Werden sie über die reale Macht verfügen? Werden sie das Recht haben, über die Verwendung von Kapitalinvestitionen und Finanzreserven zu entscheiden?

Mit andern Worten: Die reale Demokratisierung im politischen Bereich braucht als Fundament die wirtschaftliche Verfügungsgewalt und die wirtschaftliche Absicherung.

Als nächstes geht es um den Markt, und auch dieser ist nicht als bloss wirtschaftlicher

Zur realen Demokratisierung gehört die reale Demokratisierung der Wirtschaft

Faktor zu sehen, als Wettbewerb, als Reorientierung auf die Bevölkerungsnachfrage, als Einnahmequelle für die Leute. Nein, der Markt ist vielmehr auch ein notwendiges Glied in der demokratischen Organisation des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Der Markt ermöglicht seinem Wesen nach wirtschaftliche Freiheit. Er stellt eine *unmittelbare* Verbindung zwischen Käufer und Verkäufer her, eine Verbindung ohne die Zwischenschaltung angeordneter Vermittlung und Verteilung.

Die Zuteilung sieht zwar nach Waren-Geld-Beziehung aus, besonders wenn sie in Geld abgerechnet wird, aber eine echte Marktver-

Ohne echten Markt gibt es keine echte Wahl

bindung ist sie nicht. Der Markt erst sichert die Freiheit der Wahl. Ich kann kaufen oder nicht, hier oder dort, diese Ware oder jene, beim einen Lieferanten oder beim andern. Dann kaufe ich, was ich brauche, so günstig es geht. Der Markt ist ein Mechanismus, der beweglich bleibt. Er schafft tiefere Beziehungen und macht die Eigentumsverhältnisse real, weil er das allgemeine Eigentum individuell verfügbar macht.

Soll der Markt funktionieren, braucht er bei jeglichem Angebot seine Reserve. Im Laden



Leonid Abalkin

muss mehr Brot vorrätig sein als der Käufer eben braucht; anders hat er keine Auswahl, und der Wettbewerbsfaktor als unabdingbares Element des Marktes entfällt. Der Kampf um Rubel und Gunst des Verbrauchers zwingt den Produzenten oder Dienstleistungsanbieter zur Qualitätsverbesserung, zu jeder Art von Bemühung, die Konkurrenz zu übertrumpfen. Das alles fördert Fortschritt und Effizienz.

Indessen ist der Markt allein noch kein Allheilmittel, und der Wunsch nach einer einzigen Lösung, die schlagartig zum Erfolg führt, gleicht der Suche nach einem Zauberstab.

Wenn wir heute für alle Bauern von Estland bis Wladiwostok und von Usbekistan bis Archangelsk die Familienpacht einführen wollen und dabei meinen, eine so revolutionäre Massnahme schaffe uns gleich alle Probleme vom Hals, dann erliegen wir eben diesem Märchenglauben vom Zauberstab.

Sicher ist die Pacht eine gute Sache. Sie erzieht zum wirtschaftlichen Verhalten, und sie verspricht rasche Ergebnisse. Aber erstens können und müssen die Organisationsformen der Wirtschaft verschieden sein, und zweitens kommen Faktoren hinzu, die von dieser Sache gar nicht beeinflusst werden können. Zum Beispiel brauchen wir ein anderes Strassensystem als bisher. Das hat mit den Pachtkollektiven nichts zu tun, und sie können zur Lösung dieser Frage auch nichts beitragen. Oder: Wir müssen unsere Viehrassen ersetzen, weil die Kühe, die wir haben, nur eben die Kosten ihres Futters decken. Sie werden die nötigen 7000 Liter Milch pro Jahr unter keinen Umständen geben; da hilft kein auch noch so interessiert geführter Pachtbetrieb. Wir benötigen ferner ertragreichere landwirtschaftliche Kulturen, ein neues System der Samenzucht (usw.), alles Dinge, die sich nicht mit der Pacht oder mit anderweitigen Marktmethoden herbeizwingen lassen.

Deshalb bin ich zwar für den Markt, aber nicht für den Markt allein. Er kann nicht als autonomes System funktionieren, als ob die sonstigen Gegebenheiten keine Rolle spielen. Der Markt muss in ein grösseres, in ein kompliziertes System eingebaut sein.

Das Marktmodell funktioniert heute nirgends in seiner klassischen Form, und es ist naiv, darin ein Totalrezept für unsere Wirtschaft zu sehen. Auf der ganzen Welt gibt es es grosse nationale Programme, welche es wie zum Beispiel in Japan ermöglichen, viele der landesweiten Probleme mit Hilfe der Planung zu lösen. Im Markt sehe ich ein zwar unentbehrliches, aber doch nicht exklusives Mittel zum gesamtheitlichen Zweck. Und wenn wir hier vom Übergang zur Marktwirtschaft sprechen, so ist das grossenteils eigentlich ein Sammelbegriff. Er charakterisiert bloss die dominante Ausrichtung, nicht aber die Gesamtheit der wirtschaftlichen Beziehungen.

Der Westen hilft uns, indem er existiert. Er zeigt uns, was möglich ist – und welche Fehler wir vermeiden können

Solange aber die jetzige oder eine beliebige spätere Reform die Eigentumsverhältnisse nicht verändert, bleibt sie umkehrbar; davon bin ich überzeugt. Grundlegend geht es darum und nicht um die Neuverteilung von Kompetenzen und dergleichen. Bei der Landwirtschaft gerade geht es nicht bloss um Kapitalinvestitionen, um agroindustrielle Komplexe oder sonstige Organisationsstrukturen, sondern hinter alledem um das Problem der grundsätzlichen Wirtschaftsrelationen. Die Veränderungen können nur dann radikal sein, wenn sie der Basis gelten.

In Luxemburg fragte mich (*der amerikanische Wirtschaftsexperte John Galbraith* in einer Fernsehdiskussion: «Wie können wir euch bei der Perestrojka helfen?» Ich sagte ihm: «Ihr tut das schon und gar nicht schlecht.» Er wollte wissen, wieso und womit. «Indem ihr existiert. So führt ihr uns real vor Augen, was man beim gegenwärtigen Stand von Produktion und Wissenschaft tatsächlich haben kann, zum Beispiel an Waren oder Wohnungen. Und ihr zeigt uns auch einiges an Fehlern, die zu vermeiden sind.»

Wir können uns nicht von der übrigen Welt absondern, den Eisernen Vorhang neu heruntersetzen. Bald werden wir das westliche Fernsehen frei sehen können, und die neue Situation verunmöglicht ein Wiederaufleben der Vergangenheit. Das heisst nicht, dass gegenläufige Bewegungen ausgeschlossen seien; der Fortschritt ist in der Geschichte noch nirgends gradlinig verlaufen. Möglicherweise geraten wir auch in Sackgassen, aus denen wir herausfinden müssen. Die Grundfrage indessen stellt sich einfach genug: Entweder fallen wir auf den Stand zweit- bis drittrangiger Länder zurück, oder wir schaffen die radikale Erneuerung und kommen voran.

In den zwanziger und dreissiger Jahren identifizierte man den wirtschaftlichen Erfolg mit dem Wachstumstempo. Man verzichtete auf die NEP (*Neue Ökonomische Politik, die abgebrochene Reformperiode der späten Leninjahre*), stellte den ersten Fünfjahresplan auf und führte die Kollektivierung durch. Man wollte das rückständige und erst noch kriegsverwüstete Land mittels moderner Metallurgie, Maschinenbau, Flugzeug-, Traktoren- und Automobilindustrie in die neue Zeit führen und wandte die unter den damaligen Umständen begreiflichen Wachstumskriterien an.

Doch dann erwies es sich, dass auf diesem Weg jedes Ergebnis teurer zu stehen kam als das vorangegangene, dass die Güte der Produktion immer weiter hinter deren Menge zurückfiel. Die Ausrichtung auf das quantitative Wachstum formte unsere Mentalität und bescherte uns sogar eine Philosophie, die heute noch ihren Druck ausübt, den

Unsere periodische Zeitbild-Rubrik

Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	
	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
	am Total der Reformen	
Im Monat Mai allein	66 %	34 %
Seit Beginn der Analyse	77 %	23 %

- Die Daten für den Monat Mai bestätigen die Komplexität des Perestrojka-Prozesses, was den hohen Anteil an Rückschritten deutlich macht. Solche Widersprüchlichkeiten illustrieren die Menschenrechte, wo ungefähr gleiche Zahlen von positiven und negativen Vorkommnissen zu beobachten waren.
- Reformforderungen und praktische Schritte in diese Richtung beginnen langsam selbst die Grundlagen der Staatsstruktur zu berühren. Auf gesamtsowjetischer Ebene bestätigt dies die Offenheit von Debatten des Kongresses der Volksdeputierten, auf der Ebene der Republiken Verfassungsänderungen in Estland und Litauen, das seine Souveränität ebenfalls proklamiert hat.
- Die Erweiterung von kultureller und – langsamer – von religiöser Freiheit umfasst immer mehr auch das kulturelle Erbe von Exilrussen sowie von nichtchristlichen Religionsgruppen.
- Die Versuche, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, sind mehr Forderung als Realität. Die Versorgungslage hat sich weiter verschlechtert. Immer klarer wird die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Landwirtschaft.

Zusammenstellung: Jerzy Bahr

Wir denken immer noch in quantitativen Kriterien, und das ist ideologisch bedingt

Glauben an den Vorrang extensiver Entwicklungsmethoden, das obligate Streben nach immer mehr Kohle, immer mehr Erdöl, Eisenerz, Holz. 1987 waren wir in Europa in verschiedenen Hauptzweigen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion an erster Stelle. Ist aber unser Leben deshalb besser geworden?

Dass man je nachdem die Bedürfnisse besser mit einem kleineren Produktionsaufwand befriedigen kann, das geht uns sehr schwer ein. Zum Beispiel kann man einen steigenden Bedarf an Walzgut weit besser durch eine Sortimentsangleichung an die spezifischen Verwendungszwecke decken als durch einen erhöhten Produktionsausstoss, der einen überproportionalen Anstieg an Abfall bedeutet, weil das Halbprodukt der unterschiedlichen Weiterverarbeitung immer weniger gerecht wird. Wird ferner die Walzgutmenge reduziert, spart man entsprechend an Eisenerz und Kohle, an Eisenbahntransporten, an elektrischer Energie und an Drehbänken. So kann die Mengenreduktion mittels Intensivwirtschaft durchaus einen industriellen Fortschritt bedeuten. Wir operieren aber immer noch mit Tonnen und Gesamtproduktionsmengen.

Zur Bewältigung der qualitativ gestellten Anforderungen sind wir psychologisch wie auch ideologisch schlecht vorbereitet. Zur Zeit versuchen wir, zwei widersprüchliche

Aufgaben zu lösen: die strukturelle und technische Umgestaltung einerseits und die quantitativ verstandene Beschleunigung andererseits, zwei grundsätzlich unvereinbare Dinge.

Wir brauchen dringend neue Prioritäten, und dazu wiederum bedarf es einer auch *psychologischen* Perestrojka.

Unsere Alltagskultur muss sowohl eine Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen schaffen als auch eine Arbeitskultur und eine technologische Kultur. Um das zu erreichen, hat eine ganze Generation unter den Bedingungen des neuen Denkens aufzuwachsen. Unsere heutigen Programme beruhen noch auf der gestrigen Methode des Löcherstopfens statt der Lächerverhinderung, sei es im Wohnbau oder in der Lebensmittelproduktion; das sektorale Denken steht dem volkswirtschaftlichen Denken überall im Wege.

Jahr für Jahr erklären wir in Moskau, dass die Beschaffung von Gemüse für unsere Stadt nicht nur eine wirtschaftliche, sondern

Jedes Monopol führt unweigerlich zur Stagnation

auch eine politische Frage ist, aber trotzdem bleibt die Versorgung Jahr für Jahr schlecht, weil wir es bei wiederholten Aufrufen bewenden lassen, statt ein neues Konzept zu finden. Unsere Hauptstadt hat zu viele und zu grosse Lagerhäuser, in denen das Gemüse verfault, weil es nicht auf dem Land gelagert und nach Bedarf in die Stadt gebracht wird. Das heutige System hat seinen Ursprung in

der Philosophie der Kollektivierung. Damals galt es, alles aus den Kolchosen herauszuholen, damit es als Staatseigentum sichergestellt sei. Diese Einstellung wirkt nach, wiewohl sie ihren Sinn verloren hat. Die Lagerhäuser in der Stadt kosten Milliarden und führen zu Milliardenverlusten. Das

Wir haben die früheren Fehler verurteilt – und begehen sie weiter

Prinzip «Lager auf dem Land, Laden in der Stadt» wäre richtig, und eigentlich weiss man das auch, aber zum Umdenken kommt man nicht, weil man eiligst die Löcher zu stopfen sucht, die das System ständig aufreisst. Man sagt uns: «Hört auf mit eurem Gerede über langfristige Strategie; die Leute müssen hier und jetzt zu essen haben. Also bringt lieber eure Doktoren der Wissenschaften her, um die Eisenbahnfracht abzuladen oder das faule Gemüse in den Lagerhäusern auszusortieren.» So taktiert man an den vorhandenen Erkenntnissen vorbei.

In einem neuen polnischen Gesetz wird eine Firma bereits als Monopolunternehmen definiert, wenn sie 30 Prozent der Marktproduktion erzeugt. Bei uns nun gibt es Unternehmen, welche die vollen 100 Prozent der Marktproduktion herstellen. Monopolstellung und Markt sind aber unvereinbar. Lenin sagte, jedes – ja: *jedes* – Monopol führe unweigerlich zur Stagnation. Den

Wir müssen die Ausgaben nach den Einnahmen richten auf die Gefahr hin, unpopulär zu werden

Beweis liefert die Geschichte unserer Volkswirtschaft zur Genüge. Logischerweise. Wenn du eine Ware allein herstellst und keine Konkurrenz zu fürchten hast, rentiert es sich für dich, altes Zeug zu machen, statt Neuheiten zu entwickeln. Da kannst du dir die Kosten für neue Ausrüstungen oder für Lizenzen ersparen; der Käufer nimmt dir ohnehin alles ab, weil er keine Wahl hat. Wir sollten unter anderm wirklich ein spezielles Programm zur Bekämpfung der Monopolvereinerungen entwickeln.

Es gibt auch andere Formen des Monopols. So hat unser Verwaltungsapparat die alleinige Kompetenz zur Vorbereitung von Fünfjahresplänen. Unsere politische Führung kann einen Entwurf wohl zwecks Ergänzung-

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 52. —
(Ausland sFr. 57. —/DM 68. —). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

12/89

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

gen an die Planungsbehörde zurückschicken, aber nicht aus eigener Kraft grundsätzlich verändern. Ich schlage den Verzicht auf dieses Verwaltungsmonopol vor. Man könnte zum Beispiel je einen Entwurf beim Staatsplanungsamt, bei der Akademie der Wissenschaften und beim Zentralrat der Gewerkschaften bestellen. Dabei ginge es um alternative Konzepte und noch nicht um Detailberechnungen. Die politische Führung würde sich dann für eines der Konzepte entscheiden, und dieses würde dann ausgearbeitet und ausgeführt. Ganz abgesehen von der Frage, welches der drei Gremien die beste Vorlage liefern würde: Ich bin überzeugt, dass das Staatsplanungsamt selbst auf jeden Fall unter diesen Bedingungen eine bessere Arbeit vorlegen würde als heute beim Zustand der Konkurrenzlosigkeit.

Das Monopol ist nur eines der Probleme unserer Wirtschaft, und seine Lösung ist in Verbindung mit andern Lösungen zu suchen. In den nächsten zwei bis drei Jahren wäre ein radikales Programm von ausserordentlichen Massnahmen zur Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen auszuarbeiten, denn so können radikale Entscheide auf einer wissenschaftlichen Grundlage beruhen. Das würde nicht nur zur Einstellung teurer Bauprojekte führen, die keine

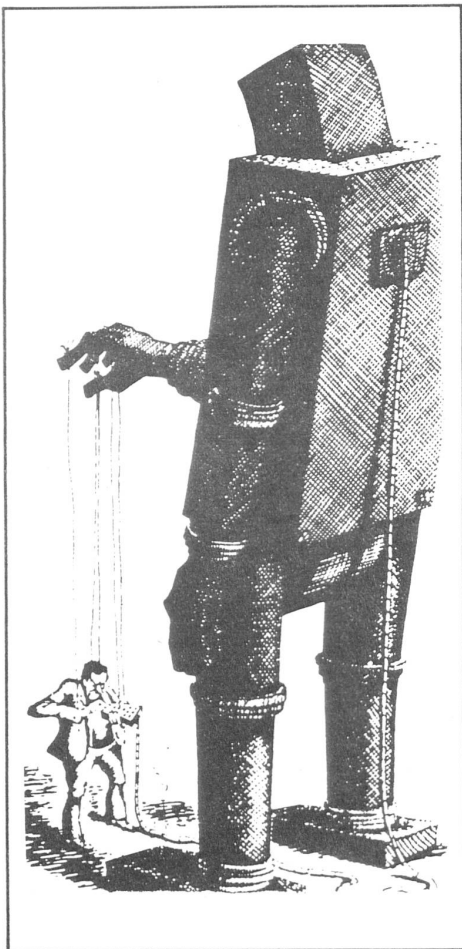
Wirksamkeit versprechen, sondern auch zu einem Stopp einiger langfristiger Projekte und sogar einiger Sozialprogramme. Dabei muss man der Bevölkerung freilich erklären, warum unsere Volkswirtschaft zur Ausweglosigkeit verurteilt ist, wenn man auf ausserordentliche Massnahmen verzichtet. Eine überzeugende Wirkung erzielt man dann, wenn man zu den Konsequenzen steht: Falls wir dieses oder jenes Ziel nicht in der gegebenen Frist erreichen, treten wir zurück.

Dass unsere heutige Lage eine Folge früherer Fehler ist, stimmt zwar, sagt aber nicht die *ganze* Wahrheit aus, denn es gibt eine Reihe früherer Fehler, die wir wiederholen.

Ohne jeden Zweifel hat unsere jetzige Führung eine schwere Erbschaft angetreten und andere Schwierigkeiten sind hinzugekommen. Der Zerfall der Weltmarktpreise für unsere Hauptexportgüter von Erdöl und Rohstoffen, Tschernobyl, das armenische Erdbeben und andere Katastrophen: all das hat die Lösung unserer akuten Probleme sicher nicht begünstigt. Aber seien wir ehrlich. Unbeschadet dieser Ereignisse haben wir in den letzten zwei bis drei Jahren ernsthafte Fehler begangen, die zu volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten und zu unnötigen Ausgaben geführt haben.

Die staatlichen Unternehmen und auch der Staat überhaupt haben zu viel Geld ausgegeben. 1990 werden unsere Ausgaben um 82 Milliarden höher sein als unsere Einnahmen. In Hinsicht auf das gestörte Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Löhnen machen wir genau jene Fehler, die wir 1986 am Parteitag verurteilt hatten. Bei der Budgetberechnung gehen wir verkehrt vor: Zuerst bestimmen wir die Ausgaben, und dann suchen wir nach entsprechenden Einnahmen. Auf den Finanzhaushalt negativ ausgewirkt haben sich zudem die schlecht durchdachten Massnahmen der Alkoholkämpfung, die keinen Erfolg hatte, aber zu Verlusten führte.

Vor allem haben wir jetzt die Ausgaben drastisch zu senken. Das lässt sich in verschiedenen Fällen tun, zum Beispiel bei grossen Bauprojekten. Die geplanten Werke können ihre Produktion erst in zehn Jahren aufnehmen, aber inzwischen verschlingen sie Geld und Waren. Wenn wir den Umfang solcher



«Sowjetunion», Moskau, Nr. 3/1989



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91
Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 57.—/DM 68.—
Luftpost sFr. 62.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 36.—/DM 43.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.—

Vorhaben reduzieren, erleichtern wir auch die Situation auf dem Markt. Dann sind die Militärausgaben zu kürzen, und die Subventionen für unrentable Betriebe — jährlich 20 Milliarden Rubel — müssen aufhören. Die Warenproduktion lässt sich durch Förderung der (*privaten*) Genossenschaften, durch vermehrte Pachtverträge und durch die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion erheblich steigern.

Wenn wir bis Anfang 1991 unsere Wirtschaftslage nicht verbessern, verlieren wir die nächste Fünfjahresperiode aus dem Zwang heraus, sie mit den alten Methoden auszuarbeiten.

Textauswahl und Übersetzung:
Georg Bruderer

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's